

Großfeuer.

Wie aus Plauen i. Vogtl. gemeldet wird, wurde in dem benachbarten Wolfshain das Anwesen des Gutsbesizers Oswald Simon mit Wohnhaus, Stallung, Scheune und Seitengebäude in einer Stunde vollständig in Asche gelegt. Die Familie Simon konnte nur das nackte Leben retten. Vom Großvieh sind drei Pferde mitverbrannt. Um das andere Großvieh zu retten, mußte die Feuerwehr die Rückwand eines Gebäudes einreißen. Der Ochsenstall mit Scheune des Gutsbesizers Martin Wahl in Sadisdorf brannte vollständig nieder. Lediglich die Ochsen konnten gerettet werden. Ebenso fiel das Stallgebäude des Gutsbesizers Bruno Böhm in Warbach den Flammen zum Opfer. Das Vieh konnte gerettet werden, doch sind große Vorräte an Heu und Stroh sowie landwirtschaftliche Geräte verbrannt. Da in dem Gebäude noch kurz vor dem Ausbruch des Brandes gearbeitet wurde, nimmt man einen Kurzschluß als mutmaßliche Ursache an.

Ein dreister Erpressungsversuch.

Mit einer reichlich unverschämten Erpresserangelegenheit beschäftigten sich gegenwärtig die zuständige Gendarmerie und die Kriminalpolizei von Dresden. In St. Egidien erschien ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann in einer Bauernwirtschaft, hielt der Besitzerin, deren erster Ehemann sein Leben im Jahre 1920 durch Erhängen freiwillig beendete, ein Schriftstück vor und äußerte dazu, sie sei an dessen Tode schuld. Der Unbekannte forderte ein Schweigegehalt von mindestens 4000 Mark, damit er nach Amerika reisen könne. Als man den Erpresser aufforderte, mit zur Polizei zu gehen, ergriff er die Flucht. Nachforschungen nach ihm waren bisher, ohne Erfolg.

Tagungen in Sachsen

Tagung der Kolonialwarenhändler.

Der Landesverband Sachsen im Reichsverband Deutscher Kaufleute des Kolonial-, Feinstoff- und Lebensmittel-einzelhandels e. V. hielt in Dresden seine Generalversammlung ab. Eine Entschließung hält die heutige steuerliche Belastung des mittelständischen Kleinhandels auf die Dauer für untragbar und lehnt eine Mehrbelastung entschieden ab. Sie fordert eine zeitgemäße Änderung der Reichsgewerbeordnung und eine durchgreifende Änderung bzw. Verschärfung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Syndikus Haffelstetter erläuterte den Jahresbericht. Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß noch viel mehr hätte erreicht werden können, wenn eine lückenlose Einheitsfront zustande gekommen wäre. Der Berichtslatter forderte zum Schluß die Verbandsmitglieder zu einem regen Besuche der demnächst in Essen stattfindenden Reichsverbandstagung auf, mit der eine große Kundgebung des Mittelstandes verbunden sei.

Sächsischer gewerblicher Genossenschaftstag.

Die am 26. und 27. Mai stattfindende Tagung der sächsischen gewerblichen Genossenschaften findet zunächst für Sonntag den 26. Mai, Sonderkonferenzen für die Kredit- und Waren-genossenschaft vor. Am Sonntag nachmittag findet die Generalversammlung der Landesgewerbebank statt. Den Abschluß der Tagung bildet die Jubiläumstagung des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften in Sachsen.

Telegramm Hindenburgs an die japanische Regierung

Berlin, 26. April. Wie ein Berliner Blatt meldet, findet heute in Tokio aus Anlaß des Todes des bekannten japanischen Gelehrten und deutschen Freundes, Prof. Dr. Nagai, eine Trauerfeier statt. Der Reichspräsident hat aus diesem Anlaß ein Beileidstelegramm an die japanische Regierung gerichtet, in dem er die großen Verdienste, die Prof. Dr. Nagai um die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland hatte, besonders hervorhebt.

Eine Million Arbeitslose weniger

Berlin, 25. April. Dem Bericht der Reichsanstalt zufolge hat sich der Frühjahrsaufstieg auf dem Arbeitsmarkt in der Woche vom 15. zum 20. April verstärkt. Die Zahl der Hauptuntersüßungsempfänger ging, nach den Vormeldungen der Landesarbeit zu schätzen, um fast 200.000 zurück. Seit dem Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in den ersten Märztagen, konnte die Wirtschaft wieder rund 1 Mill. unterstützte Arbeitslose aufnehmen.

Silferding für Reform der Arbeitslosenversicherung.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist am Donnerstag mittag über den Antrag der Mehrheitsparteien debattiert worden, durch den das Reich ermächtigt werden soll, 170 Millionen Kredit mehr als bisher aufnehmen

zu können. Der Reichsfinanzminister Silferding hat bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten, in der er offen zugegeben hat, daß das Defizit des Etats 1928 sich wahrscheinlich auf 80 bis 100 Millionen belaufen werde, und daß dazu als weitere nicht vorhergesehene Belastung des neuen Etats Kredite für die Arbeitslosenversicherung in Höhe von insgesamt 370 Millionen Mark kommen werden. Silferding hat weiter zugegeben, daß sich der

Steuereingang infolge der Verhältnisse in der Landwirtschaft und auch im Gewerbe bereits stark verlangsamt habe und aus diesen Gründen die Reichsregierung gezwungen gewesen sei, sich die Ermächtigung zu einer weiteren Kreditaufnahme in Höhe von 170 Millionen Mark zu besorgen, um auf jeden Fall gesichert zu sein. Silferding hat dann weiter angekündigt, daß die Reform der Arbeitslosenversicherung eine dringliche Aufgabe sei, die auch demnächst in einem Entwurf der Reichsregierung gelöst werden solle.

Bürgerliche Wahlniederlage in Dänemark.

Pastor Schmidt-Wobder wiedergewählt. Kopenhagen. Die Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing, haben den beiden dänischen Rechtsparteien eine Niederlage eingebracht. Die Stimmresultate sind: Konservative 233 000 Stimmen (24 Sitze), Link 402 000 (43), Radikale 151 000 (16), Sozialdemokraten 593 000 (61), Rechtsverband 25 000 (3), Schleswiger 9000 (1), Kommunisten 3000 (0). Das Wahlergebnis besagt, daß die Sozialdemokraten mit den Bürgerlich-Radikalen zusammen die Mehrheit besitzen, daß also der Führer der Sozialdemokraten, Stauning, der neue dänische Ministerpräsident werden wird. Der deutsche Vertreter für Nordschleswig, Pastor Schmidt-Wobder, ist wiedergewählt worden.

Der dänische Ministerpräsident Madson Wiggdal hat dem König den Rücktritt des Kabinetts angeboten, den der König angenommen hat. Der König ersuchte den Ministerpräsidenten, die Geschäfte der Regierung bis zur Ernennung eines neuen Kabinetts weiterzuführen.

Für eine deutsch-polnische Verständigung.

Warschau. Der ehemalige preussische General von Schönau und der sozialdemokratische Abgeordnete Falkenberg waren in Warschau Gäste der polnischen Pazifisten, um über die Möglichkeit eines deutsch-polnischen Krieges zu sprechen. Zuerst sprach der bekannte polnische pazifistische Politiker Thugut, der feststellte, daß, obgleich die Kanonen schwiegen, der moralische Feldzug zwischen Polen und Deutschland unermüdet fortbauere und der Zollkrieg seit fünf Jahren bestehe. Er erklärte, er sei zwar ein überzeugter Pazifist, aber er halte sein Volk noch nicht für so nichts würdig, daß es nicht zu den Waffen greifen würde, wenn seine Grenzen angetastet werden sollten.

General von Schönau erzählte, wie er nach 37 Jahren befristeter Dienstzeit im preussischen Heere plötzlich die Erlaubung bekam, daß der Offiziersberuf heute kein ritterlicher Beruf mehr sei; denn der Krieg sei ein bestialischer Massenmord mit Hilfe von Mordmaschinen. Wenn Frankreich, Deutschland und Polen sich nicht verständigten, dann würden sie Selbstmord begehen. Der Abgeordnete Falkenberg sprach in ähnlichem Sinne.

Bemerkenswert war, wie man hört, daß an dieser Kundgebung in Warschau kein bedeutender polnischer Politiker teilgenommen hat. Der Friedenswille besteht bei allen Völkern; aber wir Deutschen haben kein Interesse daran, daß zum Beispiel eine Verständigung mit Polen herbeigeführt wird, indem ein Handelsvertrag gegen die Interessen der deutschen Landwirtschaft zustandekommen könnte. Der tatsächlich Schuldige an dem Nichtzustandekommen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages ist nämlich der polnische Staat, und es ist schwer verständlich, wenn deutsche Politiker und Abgeordnete sich dazu hergeben, durch Reden in Warschau die deutsche Außenpolitik zu diskreditieren. Polen will eben für die Ewigkeit die Niederringung Deutschlands durch den Versailler Vertrag. Eine Verständigung wäre wohl dann möglich, wenn Polen die Unterdrückung der deutschen Minderheiten aufgeben würde. Auf diese brutale Unterdrückung der Deutschen in Polen hinzuweisen, hatte aber keiner der beiden deutschen Redner den Mut.

Kanzlerkrise in Oesterreich.

Wien. Nachdem Landeshauptmann Dr. Ender das österreichische Bundeskanzleramt abgelehnt hatte, kann nunmehr auch die Kandidatur des Christlich-Sozialen Dr. Mittelberger als gescheitert angesehen werden, da der Landbund sich dagegen erklärt hat. Als einziger Anwärter auf die Kanzlerschaft steht jetzt im Vordergrund der feirische Landeshauptmann Dr. Rintelen, für den neben seinen Anhängern in der Christlich-Sozialen Partei auch der Landbund und die Heimwehren eintreten.

Dr. Mittelberger und Dr. Buresch lehnen die Kanzlerschaft endgültig ab

Am Donnerstag abend hat es Dr. Mittelberger end-

gültig abgelehnt, die Kanzlerschaft zu übernehmen, mit der Begründung, daß seine Person nicht schuld an einer Spaltung der bürgerlichen Parteien sein solle. — Es wurde dann an den Landeshauptmann von Niederösterreich Dr. Buresch die Frage gerichtet, ob er sich zu einer Kandidatur des Bundeskanzlers bereit erkläre. Dr. Buresch lehnte ebenfalls ab. Ein neuer Bundeskanzler hat sich bisher nicht gefunden.

Der Scharlach-Erreger gefunden.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Prof. Sdravomislavoff von der Universität Perm nach vierjährigen Versuchen, bei denen ihm Dr. Nikolski assistierte, den Erreger des Scharlachs gefunden, und zwar ist dieser nicht, wie man bisher annahm, ein Streptococcus, also ein Bazillus, der zu der großen und reichhaltigen Gruppe der Eitererreger gehört, sondern ein niedriger Organismus, wie der Erreger der Malaria, der Schlafkrankheit, der Syphilis und anderer Seuchen. Bisher hatten die Gelehrten, die sich mit der Erforschung des Scharlachs beschäftigt haben, diesen Streptococcus humolyticus, wie der medizinische Fachausdruck dieses Eitererregers, der sich bei jedem Scharlachfall auf den Mandeln des Patienten vorfindet, heißt, für die eigentliche Ursache des Scharlachfiebers gehalten. Sollte sich die Entdeckung des russischen Gelehrten bestätigen, so werden sich in aller kürzester Zeit neue Wege, die eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheit garantieren, ergeben.

Aus dem Gerichtssaal

Die Rabenberger Bluttat vor Gericht

Dresden, 25. April. Am Donnerstag von mittags 13.00 Uhr ab verhandelte das Schwurgericht Dresden gegen den am 3. Dezember 1908 zu Wallroda geborenen Schlosser Erich Willsch wegen Totschlags. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Lange, als Verteidiger fungiert Ministerialrat z. D. Rechtsanwält Dr. Lampe. Es handelt sich um den blutigen Vorfall am 25. Februar in der Möbelfabrik Rödtich & Co., bei dem der Angeklagte seinen einige Jahre älteren Berufskollegen Max Siedert tödliche Verletzungen zugefügt und dann die Flucht ergriffen hatte. Die Verhandlung begann unter starkem Andrang von Zuhörern. Vorladung hatten je 4 Zeugen aus Rabenberg und Wallroda, sowie ein Helfer aus Kleinröhrsdorf erhalten. Als Sachverständiger fungierte Oberregierungsmedizinalrat Dr. Dyppe. Dem Schwurgericht lag der zur Tat benutzte, große vierkantige Meißel vor. Willsch machte zur Person und Anklage folgende Angaben: Er ist der Sohn eines Maschinenformers. Nach Besuch der Volksschule in Wallroda hat Willsch, der ein mittlerer Schüler gewesen, die Schlosserei erlernt. Der Angeklagte arbeitete mit Siedert, der seit 1924 bei der Firma Rödtich & Co. beschäftigt war, in der Schlossereiwerkstätte zusammen. Es kam öfter zu Streit, dann seien beide auf gemeinsamem Heimweg auch wieder unterwegs eingekerkert. In den letzten Tagen vor der Tat gab es wiederholt Krach, seine Schwester sei von Siedert des Diebstahls eine Rolle Klebepapier in der Fabrik bezichtigt worden. Deshalb ging die Schwester zum Friedensrichter. Am Montag, den 25. Februar hatte Willsch Auftrag erhalten, einen Wasserbehälter in Ordnung zu bringen. Dabei kam es erneut zu Streit. Angeklagter will „Arbeiter“ genannt und schließlich von Siedert gepackt worden sein. Dabei habe er zu ihm gesagt: „Du Junge, ich haue Dir eine rein, daß Du einsteht.“ Auch einen Schlag will Angeklagter bekommen haben. In dieser Lage habe er ein langes vierkantiges Eisen (Meißel) ergriffen und damit in großer Erregung aus etwa 1 Meter Entfernung auf Siedert eingeschlagen. Der Angeklagte will erst nach längerer Zeit wieder zur Besinnung gekommen sein. Von der Mitter habe er abends 10 Uhr erhalten um verschiedene Sachen einzuholen. Mit dem Gelde sei er nach Leipzig gefahren. Dort sei er im Hauptbahnhof an einen Polizeibeamten herangeraten und habe gesagt: „Nehmen Sie mich fest, ich habe einen Kollegen erschlagen.“ Willsch machte dann noch einige Angaben über das Arbeitsverhältnis und beantwortete mehrere Vorhalte. Das Gericht hörte dann die Gastwirte Wächter und Sätze, Bürgermeister Raltisch aus Wallroda und andere Zeugen, die über den erschlagenen Siedert keine ungünstigen Angaben machen konnten. Die nächsten Zeugen sagten nicht unähnlich über Willsch aus. Oberregierungsmedizinalrat Dr. Dyppe trug hierauf den Sektionsbefund vor. Der Tod Siederts ist eine Folge der zwei wuchtigen Schläge auf Hinterkopf und Genick und der dadurch eingetretenen starken Blutungen. Betr. der Persönlichkeit des Angeklagten ist zu sagen, daß er bei einer Intelligenzprüfung mehrfach versagte. Willsch neigt zu Erregungszuständen, bei Begehung der Tat war die freie Willensbestimmung nicht beeinträchtigt. Er sei aber milber zu beurteilen. Staatsanwalt Lange beantragte die Bestrafung des Angeklagten wegen Totschlags mit fünf Jahren Gefängnis und Ehrverlust auf gleiche Zeitdauer, denn die Tat sei ungemeh roh gewesen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu zwei Jahren Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft kommt voll in Anrechnung. In der Beurteilung des Urteils heißt es, das Schwurgericht sei nicht zu der Überzeugung gelangt, daß der Angeklagte den Willen gehabt habe, Siedert zu töten, und daß er bei seiner ganzen Persönlichkeit erkennen mußte, daß durch Verwendung jenes Hartmeißels so schwere Folgen eintreten konnten. Wohl aber gelte für erwiesen, daß eine schwere Körperverletzung mit Todesfolge vorliegt. Bei Würdigung aller Verhältnisse habe das Schwurgericht die ausgeworfene Strafe für erforderlich und ausreichend erachtet.

Voraussichtliche Witterung

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Unbeständig, wechselnd bewölkt, zeitweilig Neigung zu örtlichen leichteren Schauern. Temperaturen schwankend, dabei weiterhin zu kühl. Südwestliche bis nordwestliche Winde, zeitweise böig.

Ganzer Buttergenuß —
Halbes Buttergeld:

Rama

Margarine

butterfein

½ Pfd. 50 Pfg.